

Vorschlag aus Hannover interessiert in Bonn

Wer Energie
verschwendet
soll zahlen

Kirche:

Lieber eine neue Steuer als neue Atomkraftwerke

VON RÜDIGER KNORR

Wer unverhältnismäßig viel Energie im privaten Bereich verbraucht, sollte mehr Steuern zahlen, wer zu Hause mit Strom, Gas und Heizöl besonders sparsam umgeht, sollte auch Steuern damit sparen: Mit dieser Grundidee einer Art „Energie-Konsum-Steuer“ hat jetzt eine Arbeitsgruppe der Evangelischen Landeskirche Hannover eine neue Initiative in der heißen Diskussion um Energie-Bedarf und Atomkraftwerke ergriffen.

Auf der Suche nach Alternativen für den Bau von Kraftwerken hat die seit einhalb Jahren wirkende „Arbeitsgruppe Energiefragen/Atom-müll“ im Amt für Gemeindedienst der hannoverschen Landeskirche in einem umfangreichen Informationspapier zur Energie- und Kernkraftproblematik ein detailliertes Modell einer Konsum-Steuer vorgelegt, die dazu beitragen soll, eine Ausweitung des explosionsartig steigenden privaten Energieverbrauchs zu verhindern.

Der Sprecher der Arbeitsgruppe, Folker Thamm, gestern zur Neuen HP: „Auch wir als Christen müssen sehen, daß Appelle zur sparsamen Energieverwendung allein nichts ausrichten. Man muß offenbar an den Geldbeutel ran.“

Nach dem von den beiden hannoverschen Ingenieuren Fred Just und Werner Engemann entwickelten Modell soll es nur denen an den Geldbeutel gehen, die mehr Energie verbrauchen als nötig.

Thamm: „Der Grundgedanke ist, daß jeder Haushalt je nach Größe ein bestimmtes, relativ hoch angesetztes Durchschnittsquantum an Energie steuerneutral verbrauchen kann. Wer mehr verbraucht, wird progressiv besteuert, wer weniger verbraucht, dem werden Steuern progressiv erlassen.“

Der Vorschlag beruht auf der Erkenntnis der Arbeitsgruppe, daß die derzeitige Energieverschwendung die größte künftige Energiequelle sein kann und ein Abbau der Verschwendung den Bau neuer Kraftwerke überflüssig mache.

Fred Just, einer der Schöpfer des Modells, ist zuversichtlich, daß der Vorschlag in der künftigen Energie-debatte eine Rolle spielen wird: „Wir haben das Arbeitspapier schon in Gemeinden diskutiert und sind auf großes Interesse gestoßen. Bei vielen Politikern, denen wir unser Arbeitspapier zugesandt haben, scheint es zuerst Unsicherheit ausgelöst zu ha-

Fortsetzung Seite 2

ben. Immerhin hat Bundespräsident Scheel die Schrift schon an Minister Matthöfer weitergeleitet. In Niedersachsen hat Minister Pestel schon Interesse gezeigt. Ich habe den Eindruck, man beginnt unter Politikern allmählich zu begreifen, daß man sich etwas Neues einfallen lassen muß und Alternativvorschläge nicht

vom Tisch wischen kann.“

Eine der weiteren Ideen des Modells: Die Einnahmen aus der Konsum-Steuer sollten zweckgebunden verwandt werden – für Energieeinsparungsmaßnahmen. Zum Beispiel für billige Kredite, mit denen Hausbesitzer ihre Häuser besser isolieren lassen könnten.

Energie-Steuer: Ja oder Nein?

Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg: Ich halte es für sehr schwierig, so etwas gerecht zu praktizieren, und bin auch skeptisch, ob man zur jetzigen Zeit eine Steuer einführen sollte. Grundsätzlich aber sollte man den Vorschlag diskutieren, denn ich bin der Meinung, daß wir alle energiebewußter leben müssen. Auf keinen Fall dürfen bei solchen Maßnahmen womöglich die sozial Schwächeren wie etwa kinderreiche Familien benachteiligt werden.

Helga Oltrogge, Richterin beim Landgericht Hannover: Ich hielte die Steuer für eine sinnvolle Maßnahme. Bislang gilt noch immer die Devise: Je mehr man abnimmt, desto billiger wird es. Wenn es aber an den privaten Geldbeutel geht, berechnet man schon eher seinen Energie-Haushalt.

Gerhard Hermann, Pressereferent der Verbraucher-Zentrale Niedersachsen: Tatsächlich ist die Zunahme an Energieverbrauch in privaten Haushalten erschreckend hoch. Während die Industrie in den Jahren 1960 bis 1975 nur die doppelte Menge verbrauchte, stieg der private Verbrauch um 426 Prozent. Die Energiesteuer – als einzige Maßnahme – bedeutete jedoch, dem Verbraucher den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Mit dem Ziel, ein neues „Energiebewußtsein“ auch beim privaten Verbrauch zu schaffen, hat eine Arbeitsgruppe in der hannoverschen Landeskirche unter anderem die Einführung einer Art „Energiekonsumsteuer“ vorgeschlagen. Sie soll Haushalte belasten, die sozusagen mit Energie „aasen“, dagegen Haushalten Steuerersparnisse bringen, die besonders sparsam mit Energie – also Strom, Gas und Heizöl – umgehen. Die Neue HP fragte Hannoveraner, was sie von diesem Vorschlag halten, private Energieverschwendung auf diese Weise zu verteuern. Könnte das ein neues Energiebewußtsein schaffen?



H. Schmalstieg



H. Siemensmeyer



M. Gehrke



G. Hermann

Man sollte vielmehr an die Industrie appellieren, weniger stromintensive Haushaltsgeräte zu entwickeln.

Sigrid Ditttrich, Frau des Zoodirektors: Ersparnisse durch Steuern zu erzwingen, halte ich nicht für

korrekt. Die Einführung einer solchen Steuer wäre wie der Befehl: „So weit darfst du und nicht weiter!“ Erfolgreicher erscheint mir die Methode, mehr Einsicht durch mehr Aufklärung.

Mike Gehrke, Hannovers Imagepfleger: Den Denkanstoß finde ich sehr gut, obwohl ich Probleme bei der Festlegung dessen sehe, was als Normalverbrauch gelten soll. Aber man sollte diesen Vorschlag durch- und zu Ende denken und diskutieren. Es muß wieder ein Energiebewußtsein entstehen, wie es damals bei der Ölkrise sichtbar wurde. Jeder, der unnötig Energie verbraucht, müßte darauf gestoßen werden, daß er dem Gemeinwohl schadet.

Uwe Bartels vom umweltschutz-Zentrum: Prinzipiell findet die Idee, eine Energiesteuer einzuführen, bei uns großen Anklang. Damit wären die Zeiten des Mengenrabatts vorbei, und der Kleinverbraucher brauchte nicht mehr zu zahlen als der Großverbraucher.

Hans Siemensmeyer, Ex-Fußballprofi und Nationalspieler von 96 und heute Angestellter bei den Stadtwerken: „Ich halte eine solche Steuer für keine gute Sache. Der Großabnehmer ist bereits durch Grund- und Arbeitspreis entsprechend belastet, so daß man ihn doch nicht noch zusätzlich belasten darf. Aus meiner privaten Sicht bekenne ich, daß ich nicht sonderlich energiebewußt lebe. Am Strom wird noch nicht gespart.“

Offen gesagt

Befürworter der Kernenergie pflegen gern als ein Argument ins Feld der Energiediskussion zu führen, die Bevölkerung sei nicht zum Konsumverzicht bereit.

Doch selbst wenn das stimmen sollte (woran man immer mehr zweifeln muß, je mehr die Bevölkerung aufgeklärt wird): Verschwendung von Energien wäre

Mehr als ein Vorschlag

mit einem solchen Argument sicher nicht zu rechtfertigen. Und daß bei uns auch, und gerade im privaten Bereich, Energie verschwendet wird, dürfte niemand mehr bestreiten können.

Um so mehr wird es in Zukunft Pflicht auch der Politiker sein, jeglicher Energieverschwendung mit handfesten Argumenten zu begegnen.

Und wenn Worte nicht helfen können, wird man vernünftige Taten erwarten müssen, auch wenn sie bei denen nicht verstanden würden, die die Notwendigkeit von Energiesparmaßnahmen ignorieren möchten.

Daß dieser Vorschlag aus Kirchenkreisen kommt und wohl bald in vielen Gemeinden lebhaft diskutiert werden wird, mag ein Glück sein: Man kann die Vorschläge damit nicht so leicht in irgendeine extreme Ecke zaubern. RK

NEUE Hannoversche

Herausgeber:
Neue Hannoversche Zeitung GmbH & Co.
Redaktion Hannover
Verantwortlich: Rudolf Mangold
Stellvertreter: Holger Krückeberg,
Wolfgang Scholber
Landes- und Kommunalpolitik: Wolfgang
Scholber, Rüdiger Knorr, Franz Rehn
Stadtfeuilleton: Reimar Hoffmann
Polizeiredaktion: Wolfgang Duveneck
Sport: Peter Karl, Wilfried Klages
Zentralredaktion Hannover: Dr. Wolfgang
Wagner, Dr. Bernd Nellessen, Gerd Grope
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Hans-Joachim Nehls

Verlag und Redaktion: Hannover-Kirchrode, Bemeroder Straße 58; Postanschrift: Postfach 149,
3000 Hannover 1, Verlag und Redaktion: Telefon
52 26 16, Fernschreib-Sammelnummer: 9 23 911.
Anzeigenannahme (telefonisch): 51 55 und 51 56,
(Fernschreiblich): 9 23 911.